

Stand: 23.02.2026 02:39:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17071

"Weil die Ressource "Boden" unermesslich wertvoll ist - gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17071 vom 07.07.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18096 des BV vom 30.09.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 14.10.2021
4. Beschluss des Plenums 18/18440 vom 19.10.2021
5. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 19.10.2021



Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Weil die Ressource „Boden“ unermesslich wertvoll ist – gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik als Grundsatz in der Bayerischen Verfassung verankert wird,
2. sich zum Prinzip der sozialen Bodennutzung im Freistaat zu bekennen und dem Landtag Vorschläge zu machen, wie dieses Prinzip zukünftig in Bayern umgesetzt werden kann. Dabei sollen einerseits Handlungsleitfäden und Informationen, andererseits auch verbindliche Regularien für die Bauleitplanung bei Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt entworfen werden.

Begründung:

Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum ist Daseinsvorsorge.

Die intensivsten Bemühungen von kommunalen, gemeinwohlorientierten und privaten Wohnbauträgern reichen aktuell aber dennoch bei Weitem nicht aus, die Lage auf vielen bayerischen Wohnungsmärkten zu entspannen. Die Mieten ziehen weiter an. Fast die Hälfte der Haushalte in deutschen Großstädten tragen, gemessen an ihrem Nettoeinkommen, eine prekär hohe Mietbelastung – das hat eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung festgestellt.

Mitverantwortlich für dieses Problem ist der Umgang mit der knappen Ressource „Boden“. Die Kosten für Bauland sind in vielen Orten mittlerweile unbezahlbar. Allein zwischen den Jahren 2000 und 2019 haben sich die Quadratmeterpreise für baureifes Land in Bayern mehr als verdoppelt – von 139 Euro auf mehr als 300 Euro.

Eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik, die zum Ziel hat, Flächen (vor allem für bezahlbaren Wohnraum) in öffentlichem Besitz zu halten und zu entwickeln, statt sie den spekulativen Kräften des Marktes zu überlassen, ist bisher nicht in der Bayerischen Verfassung verankert.

Eine Anhörung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr des Landtags hat am 22. Juni 2021 dieses Thema behandelt. Insbesondere der Sachverständige des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen Bayern (VdW) hat darauf gedrungen, dass die Gemeinwohlorientiertheit in Bayern festgeschrieben werden müsse und sogar Verfassungsrang bekommen solle.

Zu den Befürwortern einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik gehört unter anderem das Deutsche Institut für Urbanistik (difu): Es favorisiert aktive politische Eingriffe und skizziert in seiner „Bodenpolitischen Agenda 2020 bis 2030“: „Die Tatsache, dass Grund und Boden nicht vermehrbar und unersetzlich sind, macht den Boden zum Schlüssel für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung.“ Laut difu dürfe verschuldeten Kommunen künftig keinesfalls mehr zum Verkauf kommunaler Grundstücke geraten werden, da dies langfristig sehr negative Auswirkungen habe. Auch der Deutsche Städtetag sieht eine am Allgemeinwohl ausgerichtete Bodenpolitik fast wortgleich als „Schlüssel für eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung“.

Eine sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) beteiligt Planungsbegünstigte, also Eigentümerinnen und Eigentümer von Flächen, die durch Bebauungspläne „leistungslos“ an Wert gewinnen, auch an den Kosten und Lasten, damit diese nicht vollständig mit öffentlichen Geldern finanziert werden müssen. Sie sollen Anteile der Herstellungskosten und Flächenabtretungen für Erschließungsmaßnahmen, für Grün- und Ausgleichsflächen übernehmen. Ziel ist eine solidarische und gemeinschaftliche Baulandentwicklung zwischen Kommunen, Investoren, der Bauwirtschaft, Eigentümerinnen und Eigentümern – statt leistungsloser Gewinne für Einzelne.

Nur so kann die Staatsregierung dem Auftrag der Bayerischen Verfassung gerecht werden, die festlegt: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“ (Art. 161 Abs. 2).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a.

SPD

Drs. 18/17071

**Weil die Ressource "Boden" unermesslich wertvoll ist - gemeinwohlorientierte
Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Natascha Kohnen**
Mitberichterstatlerin: **Ulrike Scharf**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 13. Juli 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 30. September 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 110. Sitzung am 30. September 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Sebastian Körber

Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Bayerische Wohnungsbaugesellschaften in der Fläche stärken durch sofortige Liquidation der BayernHeim GmbH" auf Drucksache 18/16226 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die AfD. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD. Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die beiden Verfassungsstreitigkeiten und die verbleibenden Anträge. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. Juli 2021 (Vf. 42-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 47 Abs. 1 und 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 6. Juli 2021 (GVBl. S. ?) geändert worden ist

PII-G1310.21-0015

Drs. 18/18060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Energieeffizienzfonds finanziell ausstatten
Drs. 18/14347, 18/18194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser u.a. und Fraktion (FDP)
Verlängerung der Nichtbeanstandungsregelung für elektronische Kassensysteme
Drs. 18/14777, 18/18117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Finanzielle Beteiligungsmodelle für Kommunen bei Photovoltaikanlagen einführen! Bayern muss Vorreiterrolle übernehmen!
Drs. 18/15391, 18/18193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Vermögensteuer – für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik!
Drs. 18/15553, 18/18121 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Schutz für von Gewalt betroffene Frauen sicherstellen:
Notrufe und Fachberatungsstellen in der Pandemie unterstützen
Drs. 18/15807, 18/18145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Michael Busch, Florian von Brunn u.a. SPD
Meisterbonus für alle bayerischen Handwerker
Drs. 18/15809, 18/18192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung von Kinderwunschbehandlungen auch für Regenbogenfamilien
Drs. 18/15937, 18/18146 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen I: Bayerisches Gewaltschutzkonzept evaluieren und Landesaktionsplan einsetzen
Drs. 18/15946, 18/18148 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen II: Landesmonitoringstelle zur Beobachtung und Bewertung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
Drs. 18/15947, 18/18149 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen III:
Datensammlung und Forschung vorantreiben
Drs. 18/15948, 18/18150 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen IV:
Weiterentwicklung der landesweiten Koordinierungsstelle
gegen sexualisierte und häusliche Gewalt
Drs. 18/15949, 18/18151 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen V: Gewaltschutzinfrastruktur
in Bayern bedarfsgerecht und flächendeckend gewährleisten
Drs. 18/15950, 18/18152 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VI:
Digitale Gewalt bekämpfen
Drs. 18/15951, 18/18153 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VII:
Gewaltschutz im Bildungswesen stärken
Drs. 18/15952, 18/18154 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VIII:
Kulturwandel aktiv vorantreiben
Drs. 18/15953, 18/18155 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Christian Flisek, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nach gescheiterter Verwaltungsgerichtsverlagerung:
Versprechen an Freyung-Grafenau einhalten!
Drs. 18/15976, 18/17946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kindesentführungen ins Ausland: Probleme bei der Durchsetzung des Haager Kindesentführungsübereinkommens (HKÜ) erörtern und betroffene Eltern und ihre Kinder unterstützen
Drs. 18/16178, 18/18156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bayerische Wohnungsbaugesellschaften in der Fläche stärken durch sofortige Liquidation der BayernHeim GmbH
Drs. 18/16226, 18/18143 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam II – Schaffung einer Stelle für eine Einsamkeitsbeauftragte bzw. einen Einsamkeitsbeauftragten
Drs. 18/16292, 18/18140 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam III – Monitoring zu Einsamkeit
Drs. 18/16293, 18/18141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beitrag des Wachstumsfonds Bayern zur Transformation der Wirtschaft
Drs. 18/16310, 18/18189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschung zu den Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche jetzt initiieren – evidenzbasiert Wege zur wirkungsvollen Kompensation an Schulen finden
Drs. 18/16384, 18/18165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. AfD
Versorgungssicherheit in Bayern gewährleisten – Keine weiteren Stilllegungen von grundlastfähigen Kraftwerken
Drs. 18/16393, 18/18188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faire Wärme – klimafit und sozial
Drs. 18/16401, 18/18113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO₂-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen
Drs. 18/16402, 18/18187 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Skandalöses Vorgehen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – Sparmaßnahmen zur Verschleierung des Lehrerinnen- bzw. Lehrermangels treffen ausschließlich die Schwächsten
Drs. 18/16403, 18/18167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Zentrale Diagnostisch-Pädagogische Hotline (ZDPH) für Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durch die Staatliche Schulberatung in Bayern
Drs. 18/16414, 18/18169 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Kollateralschäden bei Schülern aller Altersgruppen infolge des coronabedingten Schulalltags
Drs. 18/16415, 18/18170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Mogelpackung Arbeitszeitkontenmodell – Besoldung von Grund- und Mittelschullehrern endlich wie versprochen auf A13 und E13 anheben
Drs. 18/16417, 18/18163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Lehrerabdeckung mit 110 Prozent – Einstellungsoffensive in Bayern starten und eine Lehrerreserve im Schulalltag gewährleisten
Drs. 18/16418, 18/18171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)
Zweimalige Wiederholungsmöglichkeit von nichtbestandenem Abschlussprüfungen in allen bayerischen Schularten
Drs. 18/16514, 18/18172 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Entwicklungspolitik Südafrika II
Drs. 18/16539, 18/18093 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Verbreitung von Krankheitserregern durch – vor allem invasive – Mücken- und Zeckenarten
Drs. 18/16575, 18/18157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

45. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Prozyklische Restart-Prämie nicht einführen
Drs. 18/16576, 18/18186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Lieferengpässe von Rohmaterialien für bayerische Unternehmen vermindern
Drs. 18/16579, 18/18114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Intensivierung der Ausbildung „Fachlehrer für Informatik“ im Rahmen der Digitalisierungsoffensive in allen bayerischen Schularten
Drs. 18/16601, 18/18176 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild u.a. SPD
Nach ORH-Kritik: Staatsministerium für Unterricht und Kultus muss Förderrichtlinie für IT-Systembetreuer erlassen!
Drs. 18/16607, 18/18177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
„Big Data“ bayerischen Unternehmen zugänglicher machen – mit einem Datentreuhänder auf Basis der BIHK
Drs. 18/16670, 18/18182 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung „Auswirkungen der Revision des EU-Emissionshandelssystems und des EU-CO₂-Grenzausgleichs auf die bayerische Wirtschaft“
Drs. 18/16674, 18/18185 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maskenpflicht an Schulen bei allgemein niedriger Infektionsgefahr aussetzen
Drs. 18/16683, 18/18178

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz jetzt – Die Leerstellen der Klimapolitik endlich füllen
Drs. 18/16685, 18/18108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Soziale Energiepolitik umsetzen – Energiekosten wirksam senken
Drs. 18/16687, 18/18184 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Tierquälerei stoppen! Für eine Aussetzung des Lebendtiertransports in Drittstaaten
Drs. 18/16729, 18/17912 (A)

Antrag der AfD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftslärmschutzwände für Bayern
Drs. 18/16811, 18/18106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präventions- und Versorgungsangebote für körperliche Gesundheitsfolgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sicherstellen!
Drs. 18/16826, 18/18158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Regionalen Honig fördern – Kennzeichnung von Honig klarer gestalten!
Drs. 18/16827, 18/18160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden I
Drs. 18/16830, 18/17949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden II
Drs. 18/16831, 18/17950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden III
Drs. 18/16832, 18/17951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bürgerinnen und Bürger bei Windkraftausbau unterstützen!
Beschleunigung von Genehmigungsverfahren prüfen!
Drs. 18/16839, 18/18183 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD
Klare Definition der Fraktion in den Kommunalparlamenten
Drs. 18/16841, 18/18068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Anreizes zur Fahrradnutzung für die Beschäftigten des Freistaates Bayern
Drs. 18/16864, 18/18166 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

64. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Negative lokalklimatische Effekte von Windenergieanlagen quantifizieren!
Drs. 18/16870, 18/18109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

65. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Keine halben Sachen – Förderung nach Corona muss an den Schulen kooperativ, mit hoher Qualität und kontinuierlich aufgesetzt werden
Drs. 18/16871, 18/18179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

66. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kinderrechte stärken – Kinderrechtesschule in Bayern
Drs. 18/16872, 18/18180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Christian Flisek u.a. SPD
Sonderimpfkampagne für Schülerinnen und Schüler
Drs. 18/16891, 18/18159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

68. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Analyse und Bericht zur Blackout-Vorsorge mit Wasserkraftanlagen für Notstromversorgung und Inselnetzbetrieb auf kommunaler Ebene
Drs. 18/16893, 18/18181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

69. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Regenwasser statt Trinkwasser zur Fäkalienbeseitigung
Drs. 18/16920, 18/18110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

70. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Förderung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene durch die Stärkung von Jugendparlamenten und Jugendbeauftragten im bayerischen Kommunalrecht
Drs. 18/16938, 18/18075 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

71. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Doris Rauscher, Martina Fehlner u.a. SPD
Hagelschäden in Bayern – unbürokratische Unterstützung für Landwirtinnen und Landwirte
Drs. 18/16939, 18/18144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

76. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Weil die Ressource „Boden“ unermesslich wertvoll ist – gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!
Drs. 18/17071, 18/18096 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

77. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme der Aufgaben und Ziele der staatlichen Flächen- und Wohnungsbauakteure
Drs. 18/17075, 18/18097 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

78. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterkunftsgebühren für Geflüchtete – Bereicherung auf Kosten der Geflüchteten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!
Drs. 18/17124, 18/17952 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 18/17071, 18/18096

Weil die Ressource „Boden“ unermesslich wertvoll ist – gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Markus Plenk

Abg. Hans Friedl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Sebastian Körber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. (SPD)

Weil die Ressource "Boden" unermesslich wertvoll ist - gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung! (Drs. 18/17071)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erste Rednerin ist die Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Scharf, ich habe Ihnen schon im Ausschuss gesagt: Wir sehen uns bei dem Thema "Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik" hier im Plenum wieder. Warum? – Wir müssen heute als politisch Verantwortliche in Bayern feststellen, dass der Artikel 106 unserer Verfassung, der jedem Bewohner Bayerns eine angemessene Wohnung garantiert, von uns nicht mehr erfüllt wird. Das Grundrecht auf Wohnen, und zwar auf ein bezahlbares Dach über dem Kopf, sind wir alle miteinander nicht mehr zu erfüllen in der Lage. Fast die Hälfte der Haushalte in deutschen Großstädten tragen gemessen an ihrem Nettoeinkommen eine prekär hohe Mietbelastung. Wir diskutieren deswegen, durchaus auch sehr konträr mit dem Kollegen Körber, die Mietpreisbremse oder den Mietenstopp, um aus meiner Sicht den Mietern eine Verschnaufpause zu verschaffen in dieser wahnsinnigen Mietspirale, die immer nur nach oben geht. Der Mietpreis steigt und steigt und steigt.

(Zuruf)

Wir haben unterschiedliche Ansichten zu diesen Instrumenten, die ich gerade genannt habe. Aber unstrittig ist der Bodenpreis und seine Entwicklung. Der wirkliche Grund für diese Wohnpreisentwicklung: Der Ausdruck "Bodenpreisexplosion" trifft die Lage ei-

gentlich viel besser. Es ist einfach: Der Boden ist nicht vermehrbar, und doch braucht in unserer Gesellschaft jeder ein wenig Boden, um zu leben und zu wohnen. Wer also etwas von diesem knappen Gut besitzt, kann den Kräften des Kapitalmarktes folgend den Preis auf dem freien Markt hochtreiben, spekulieren und reich werden. Genau das geschieht. Frau Bauministerin Schreyer hat vor genau einem Jahr auf der Jahreshauptversammlung des Verbands der Wohnungswirtschaft auf die Frage, was sie denn gegen die Bodenspekulation unternehmen wolle, sinngemäß geantwortet: Da falle ihr nichts ein; der Markt sei halt so. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Antwort ist falsch. Ein Sozialstaat kann und muss auf diese Bodenspekulation eine zügige Antwort geben.

Eine Antwort wäre die Grundsteuer C. Diese Lösung wird von der Staatsregierung verweigert und verzögert. Eine weitere Antwort wäre das Baugebot. Auch diese Lösung wird von der Staatsregierung verzögert. Gleiches gilt für das Umwandlungsverbot oder das preislimitierte Vorkaufsrecht für Kommunen. Alle diese Antworten werden hinausgeschoben. Dabei läuft uns die Zeit davon; denn der Kapitalmarkt schert sich nicht um den Sozialstaat, es sei denn, der Sozialstaat zeigt seine Kraft und seinen Willen und zügelt diesen freien Markt, wo er außer Rand und Band gerät, wo er die Grundrechte des Sozialstaates mit Füßen tritt.

(Beifall bei der SPD)

Der stärkste Wille eines Sozialstaates steht wo? – Er steht in seiner Verfassung. Genau dort wollen wir eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik verankern. Das will übrigens auch der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen in Bayern, der diese Forderung bei einer Anhörung im Bayerischen Landtag erhoben hat.

Frau Scharf sagte zu mir im Ausschuss: Frau Kohnen, eine Verfassungsänderung ist keine Kleinigkeit. – Das ist richtig. Das ist keine Kleinigkeit. Ich sage Ihnen: Die Entwicklung des Bodenpreises ist auch keine Kleinigkeit. Diese Entwicklung bedroht den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft; denn diese Entwicklung wird auch die Wohl-

habenden und Reichen treffen, für die teures Wohnen auf den ersten Blick kein Problem darstellt. Wenn dieser Personenkreis nämlich beispielsweise Krankenpflege, Kitas oder Altenpflege braucht, aber keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr zu finden sind, weil diese sich das Wohnen in einem bestimmten Gebiet nicht mehr leisten können, dann funktioniert der komplette Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht mehr.

Die Entwicklung des Bodenpreises, diese zügellose Preisexplosion, bedroht das Herz unseres Sozialstaates, und das ist der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Natascha Kohnen (SPD): Ja. Ich habe noch einen letzten Satz. – Meine Bitte lautet: Stimmen Sie unserem Anliegen zu. Über die Formulierung können wir reden. Denken Sie aber bitte darüber nach. Die Zeit drängt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Klaus Stöttner von der Fraktion der CSU. Herr Stöttner, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Meine verehrte Kollegin Kohnen hat berechtigterweise gesagt, eine Änderung der Verfassung sei keine Kleinigkeit. In der Verfassung sind die Grundsätze unserer bayerischen Politik verankert. Deshalb bedarf es mindestens einer Zweidrittelmehrheit, um diese Verfassung zu ändern.

Frau Kohnen, den Antrag der SPD werden wir wie in den beiden Ausschüssen für Wohnen, Bau und Verkehr sowie für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration ablehnen, weil es dafür berechtigte Gründe gibt. Die staatlichen Behörden und die Kommunen berücksichtigen bereits das Gemeinwohl in ihrer Liegenschaftspolitik.

Die gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik ist in Artikel 81 der Bayerischen Verfassung verankert. Für den Wohnungsbau geeignete Grundstücke werden bereits von den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften verwaltet. Der Antrag ist gut gemeint, aber für die Praxis leider untauglich. Die Kommunen haben bereits bei ihrer Bauleitplanung die Möglichkeit, die Gemeinwohlorientierung umzusetzen. Ein staatlicher Eingriff ist kein Allheilmittel. Die Stadt München hat das Problem mit dem Projekt SoBoN – Sozialgerechte Bodennutzung – exzellent gelöst.

Der Freistaat Bayern hat überdies keine Kompetenz zum Erlass von Regelungen zur Gewinnabschöpfung, da der Bund seine Gesetzgebungskompetenz im Artikel 74 Absatz 1 Nummer 18 des Grundgesetzes weitgehend genützt hat. Die Umsetzung kann insbesondere auf kommunaler Ebene durch die Festsetzung von Bebauungsplänen erfolgen. Daneben können die Gemeinden bei der Neuausweisung von Baugebieten über städtebauliche Verträge gemäß § 11 des Baugesetzbuchs eine sozial gerechte Bodennutzung forcieren. Hier ist wiederum die Stadt München zu erwähnen, die das exzellent umgesetzt hat.

Fazit: Die Umsetzung der in der Begründung des Antrags dargestellten Grundsätze hat gesetzgeberisch im Wesentlichen auf Bundesebene, satzungsrechtlich dagegen auf kommunaler Ebene zu erfolgen. Es ist nicht erforderlich, dass sich die Staatsregierung gesondert zum Prinzip der sozialen Bodennutzung bekennt. Vorschläge der Staatsregierung an den Landtag, wie das Prinzip der SoBoN in Bayern umgesetzt werden kann, sind ebenfalls nicht erforderlich. Im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung steht ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung. In der Praxis wird dies sehr häufig von Gemeinden angewandt. Eine sozial ausgewogene Stadt- und Gemeindeentwicklung kann nur von den Gemeinden selbst geplant und umgesetzt werden. Vonseiten des Freistaates gibt es hierzu bereits eine Vielzahl an Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Gerade die Vorgabe verbindlicher Regularien durch den Landesgesetzgeber für die SoBoN ist mit größter Zurückhaltung zu sehen. Hier gilt es, den Artikel 28 Absatz 2

des Grundgesetzes, mit dem die kommunale Planungshoheit garantiert wird, zu beachten.

Es würde der Natur der Verfassung widersprechen, gewissermaßen tagesaktuell Rechtsgüter in den Verfassungsrang zu erheben. Im Übrigen wäre für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit im Landtag sowie die Durchführung eines Volksentscheids erforderlich. Unabhängig von dem damit verbundenen Aufwand ist ein Bedürfnis für eine solche Verfassungsänderung nicht erkennbar. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sowohl die staatlichen Behörden als auch die Kommunen bei ihrer Liegenschaftspolitik Gemeinwohlbelange hinreichend berücksichtigen, also wohlüberlegt und umsichtig handeln.

In diesem Zusammenhang können folgende Gesichtspunkte aufgeführt werden: Veräußerungsgeschäfte sind stets an den staatlichen und kommunalen Haushaltsvorschriften zu messen. Die Finanzhoheit der Gemeinden ist ein Teil der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie. Die kommunale Daseinsvorsorge fällt ebenso wie die Ortsplanung in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden. Ebenso ist die Aufgabe des Wohnungsbaus und der Wohnungsaufsicht verfassungsgemäß verbürgt.

Die Bayerische Verfassung enthält mit Artikel 161 bereits jetzt eine Vorschrift, die die Nutzung der Ressource Boden betrifft. Gemäß Artikel 161 der Bayerischen Verfassung wird die Beteiligung und Nutzung des Bodens von Staats wegen überwacht. Außerdem sind gemäß Artikel 161 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, für die Allgemeinheit zu nutzen. Der Verfassungsauftrag des Artikels 161 der Bayerischen Verfassung richtet sich letztlich an die bayerischen Städte und Gemeinden, da das Bodenrecht durch das Baugesetzbuch vom Gesetzgeber abschließend geregelt wird.

In diesem Zusammenhang sieht das Baugesetzbuch die Möglichkeit für Gemeinden vor, Bauleitplanungen mit flankierenden vertraglichen Vereinbarungen zu verknüpfen,

wodurch die durch die Planung begünstigten Grundstückseigentümer zu gemeinwohlorientierten Leistungen verpflichtet werden. Wir lehnen diesen Antrag daher wie in den beiden Ausschüssen ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Jürgen Mistol von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Boden ist ein knappes Gut. Gleichzeitig unterscheiden sich Grund und Boden von anderen Gütern, deren Preis am Markt durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird; denn Grund und Boden sind prinzipiell nicht vermehrbar und gleichzeitig unverzichtbar. Der Boden ist deshalb in vielen Regionen zum lukrativen Spekulationsobjekt geworden. Steigende Preise haben wiederum steigende Bau- und Wohnungskosten zur Folge, was wiederum zur Verdrängung führt und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährdet. Bei derartigen Fehlentwicklungen ergibt sich eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen. Wir GRÜNE sagen: Das Allgemeingut Boden darf nicht den Kräften des Marktes überlassen werden. Der Umgang damit muss sich am Gemeinwohl orientieren, und das auf allen politischen Ebenen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das öffentliche Eigentum an Grund und Boden ist ein großer Schatz, mit dem sorgsam umgegangen werden muss. In der Vergangenheit hat man festgestellt, dass dieser Schatz oftmals nicht gehegt und gepflegt worden ist. Stattdessen ist er kurzerhand als Tafelsilber leichtfertig verscherbelt worden. Heute ist hoffentlich allen hier im Hause klar, dass eine gemeinwohlorientierte Boden- und Baulandpolitik Dreh- und Angelpunkt für bezahlbares Wohnen und für sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden ist. Man muss dabei einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, um den verschiedenen Anforderungen wie bezahlbares Wohnen, Klimaschutz und Flächensparen Rechnung zu tragen.

Bereits für unsere Verfassungsgeber*innen – meine Vorredner*innen haben bereits darauf hingewiesen – war das Recht auf Wohnen genauso wie die gerechte Verteilung von Boden ein wichtiger Bestandteil für unsere Grundordnung. Die Grundsätze in Artikel 106 und Artikel 161 der Bayerischen Verfassung sollten wir deshalb nicht nur in Sonntagsreden erwähnen, sondern uns diesen in der politischen Praxis stets verpflichtet fühlen, auch wenn Artikel 161 aufgrund der Gesetzgebungskompetenz des Bundes mittlerweile mehr Programmsatz und Absichtserklärung ist. Vor diesem Hintergrund ist es aber umso wichtiger zu prüfen, ob und wie wir den verfassungsrechtlichen Auftrag im Freistaat im Hinblick auf eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik entsprechend erweitern können, um die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum sicherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bauausschuss erzähle ich jetzt nichts Neues. Im Juni 2020 hat eine Anhörung stattgefunden, die die staatliche Liegenschaftspolitik auf den Prüfstand gestellt und deren Reformbedürftigkeit in großen Teilen bestätigt hat. Seitens der Expertinnen und Experten wurde unter anderem angeregt, eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in der Bayerischen Verfassung zu verankern, weil dies für die Exekutive hilfreich sein könnte. Das hat ein Verband in seine Stellungnahme geschrieben. Wir GRÜNE sind ebenfalls der Auffassung, dass der Gemeinwohlorientierung im Umgang mit Liegenschaften Verfassungsrang eingeräumt werden sollte.

Darüber hinaus ist es für uns entscheidend, einen solchen Verfassungsauftrag tatsächlich mit Leben zu erfüllen. Das heißt, es müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Im Rahmen der Anhörung wurde in diesem Zusammenhang einhellig die verbilligte Abgabe staatlicher Liegenschaften für den sozialen Wohnungsbau befürwortet. Das gibt es derzeit schon auf Bundesebene und in Baden-Württemberg. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unter uns kennen das. In Bayern steht dem zumindest derzeit das Haushaltsrecht entgegen, weshalb dies dringend geändert und

eine Verbilligungsrichtlinie erlassen werden muss. Ein Antrag von uns, endlich die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist erst am Widerstand der Regierungsfraktionen hier im Haus im Haushaltsausschuss gescheitert. Das zeigt mir: Wenn es in der Politik verbindlich wird, machen Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN, so schnell vom Acker, dass man wirklich nur staunen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik heißt zudem, die Kommunen bei der Bodenbevorratung und beim Zwischenerwerb zu unterstützen. Der Gemeindetag, in Person des Präsidenten Brandl, hat mehrfach und eindringlich gefordert, die Grundsteuer C, eine sogenannte Baulandsteuer, einzuführen. Damit hätten Städte und Gemeinden endlich ein scharfes Schwert, um brachliegende Grundstücke im Innenbereich für den Wohnungsbau nutzbar zu machen. Herr Kollege Baumgärtner ist heute nicht da. Er hat kürzlich mit den Schultern gezuckt, als ich den Namen erwähnt habe. Er hat gesagt: Wer ist Brandl? – Das unterscheidet uns von der CSU. Wir GRÜNE hören gut zu, wenn der Präsident des Gemeindetages etwas zu sagen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag der SPD sehr gerne zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Mistol. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Herrn Swoboda. Bitte schön, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Abgeordneter Mistol, als grüner Abgeordneter vertreten Sie die grüne Wohnungs- und Bodenpolitik auf Bundes- und Landesebene.

Das haben Sie heute auch im Landtag gemacht. Sie bemängeln das Angebot, es sei zu knapp. Sie fördern gleichzeitig bewusst die Nachfrage am Wohnungsmarkt. Das Angebot verknappen Sie weiter mit Ihrer politischen Zielsetzung, gemeinnützige Enteignungs- und Bodenreformen zu betreiben. Die Nachfrage erhöhen Sie durch eine weitere Zuwanderung, die Sie mit einer Arche-Noah-Politik in Deutschland willkommen heißen.

(Beifall)

Sie haben das Ziel, mehr Wohnraum und Vertrauen bei der einheimischen Bevölkerung, die schwindet und nicht wächst, zu schaffen. Die Pole der grünen Boden- und Wohnungsreformpolitik passen gar nicht mehr zusammen. Sehen Sie diesen Widerspruch nicht? Oder wollen Sie ihn nicht sehen?

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Swoboda, ich kann mir mehr vorstellen, als Sie sich offensichtlich vorstellen können. Man kann verschiedene politische Ziele auch gut miteinander kombinieren. Wenn es um Zuwanderung geht, sage ich Ihnen eines: Ein Großteil der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte nach Bayern kam aus dem restlichen Bundesgebiet, nicht irgendwoher, wie Sie es meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Plenk gemeldet. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Mistol, grundsätzlich ist jedes Gut Spekulationsobjekt, nicht nur Immobilien. In Europa und anderswo in der Welt haben wir ein exponentielles Geldmengenwachstum. Geld sucht sich entsprechende Anlagemöglichkeiten. Noch mehr Sozialismus wird dieses Problem nicht lösen. Glauben Sie denn nicht, dass es besser wäre, auf eine gemeinwohlorientierte Geldpolitik zu setzen?

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mistol, bitte.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Wir haben eine Europäische Zentralbank, die aus gutem Grund unabhängig ist. Das ist eine gute Sache. Sie unterliegt keinem politischen Einfluss. Insofern kann man Ihre Frage dahin gehend beantworten, dass eine gemeinwohlorientierte Finanzpolitik sehr wohl sinnvoll und möglich ist. Ob die Europäische Zentralbank das in allen Punkten macht, lasse ich einmal dahingestellt. Aber dafür können Sie uns GRÜNE nicht verantwortlich machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Mistol. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Hans Friedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Ministerin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Frage von Herrn Kollegen Mistol zur Grundsteuer C. Ich bin froh, dass die Regierungskoalition in Bayern entschieden hat, dass es keine Grundsteuer C geben wird. Die Ampelkoalition in Berlin, der Ihre Partei auch angehören wird, schließt jegliche Steuererhöhung aus. Bayern ist gut vorausgegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Antrag. Lassen Sie mich es kurz machen. Die FREIEN WÄHLER werden diesen Antrag ablehnen. Trotzdem werde ich Ihnen kurz erläutern, warum. Sowohl die Verankerung einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik in der Bayerischen Verfassung als auch die rechtlich verbindliche Umsetzung einer sozialen Bodennutzung in den Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt sind die Ihnen bekannten Forderungen des Antrags. Im Kern geht es hier letztlich um ein die Politik der FREIEN WÄHLER bestimmendes Element: Nicht alles muss reglementiert oder überreguliert werden. Man kann vor allem darauf vertrauen, dass sich die Vertre-

ter in den kommunalen Parlamenten sehr genau damit auseinandersetzen, was geht oder auch nicht geht.

Nun aber zu der Forderung der Aufnahme einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung: In der Bayerischen Verfassung ist bereits im ersten Abschnitt "Die Grundlagen des Bayerischen Staates" in Artikel 3 Absatz 1 Satz 2 ausgeführt: "Er dient dem Gemeinwohl." – Das bedeutet ja wohl, dass sich die im Antrag formulierte Forderung bereits in unserer Verfassung befindet. Artikel 81 ist hier eine weitere Quelle.

Kommen wir zur SoBoN: Auch hier stehen den Kommunen bereits vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung. Diese fußen zum einen auf der Grundlage des Baugesetzbuches: Die Bauleitpläne "sollen [...] eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten." Hieraus ergibt sich jederzeit und überall in Deutschland die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die eigentlich schon in Artikel 14 des Grundgesetzes formuliert ist. – Staatsrecht, erstes Semester.

Zum anderen existiert bei der Neuausweisung von Bauland die Möglichkeit, mit dem Eigentümer einen städtebaulichen Vertrag zu schließen, der die SoBoN nach § 11 Baugesetzbuch beinhalten kann. – Warum also etwas regeln, was eigentlich schon geregelt ist? Deshalb die Ablehnung von uns FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung – das debattieren wir auf Umwegen erst im Bauausschuss, dann einmal im Plenum in einer

Nebenfacette hinsichtlich des Baulandmobilisierungsgesetzes, jetzt heute im Plenum. Das ist Ihr gutes Recht. Wir als AfD-Fraktion beanspruchen dieses Recht aber für uns genauso. Es wird immer verächtlich gemacht, wenn wir so etwas weiterdebattieren. Im Bauausschuss ist das ja schon deutlich genug abgelehnt worden.

(Zuruf)

Ich komme auf die Debatte im Bauausschuss zurück. Da haben wir noch ein ganz anderes Instrumentarium diskutiert. Zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in München-Johanneskirchen habe ich nachher eine Menge Zuschriften bekommen, die sich für die klare Position, die der Berichterstatter Josef Schmid, aber auch meine Partei, die AfD-Landtagsfraktion, zum Thema Eigentumsrechte eingenommen hat, bedankt haben. Sie als GRÜNE haben das im Ausschuss sehr wohl gelobt. Die SPD hat mit Oberbürgermeister Dieter Reiter und in der Regierungskoalition mit den GRÜNEN dieses Objekt weiter vorangetrieben.

Die Kollegen Stöttner und Friedl haben diese Debatte im Bauausschuss heute auch schon zitiert. Dem ist nichts hinzuzufügen. So habe ich es auch im Ausschuss gemacht. Man muss nicht alle Argumente dreimal aufzählen. Unsere Fraktion ist grundsätzlich derselben Meinung: Wir lehnen jegliche staatlichen dirigistischen Eingriffe ab. Wir ziehen eine Marktaktivierung mit finanziellen Anreizen vor.

Die Kollegin Natascha Kohnen hat im Bauausschuss auch von der Grundsteuer C gesprochen. – Diese war vor 14 Tagen in der Anhörung hier im Hause über die Grundsteuernovellierung in Bayern Thema. Natürlich spricht Herr Brandl – wir haben das auch letztes Mal im Plenum debattiert –, wie ich gesagt habe, nicht allein für die bayerischen Gemeinden. Herr Brandl wird ja von der linken Seite immer dann gerne zitiert, wenn es in den Kram passt. Er ist ja – CSU – eigentlich von der rechten Seite. Wenn es in den Kram passt, wird er aber gern von der linken Seite zitiert.

Wir haben sehr wohl viele Vorschläge. Ich habe letztes Mal im Plenum auch schon gesagt, dass wir den Markt aktivieren müssen. Das heißt für uns: unter Flächenschonung

in die Höhe bauen. Das haben wir sowohl im Mai 2019 hier im Plenum bei der Haushaltsdebatte debattiert als auch das letzte Mal zum Baulandmobilisierungsgesetz. 2,1 Millionen Wohnungen könnten aktiviert werden. Das ist der Punkt: den Markt aktivieren, höher bauen. – Wir haben auch noch weitere Punkte in den Landtag eingebracht, die für eine Aktivierung von Bauland und damit auch von Wohnungsbau in Erwägung gezogen werden könnten.

Alle linken Parteien wollen mit derlei kleinen Schritten auf breiter Front den Weg in den Umverteilungsstaat, in den sozialistischen Staat gehen. Ich meine hier nicht nur Mietendeckel und Mietpreisbremsen, sondern alle sozialistischen Knebelungen, alle Fälle staatlichen Handelns, in denen in das freie und selbstbestimmte Leben und Agieren von Menschen und Unternehmen in Bayern, Deutschland und der EU eingegriffen wird. Bei derlei sozialistischen Ansinnen muss einfach klargestellt werden, dass nicht spekulative Gier etwaiger Vermieter die Ursache steigender Preise ist, sondern im Gegenteil: Gerade die sozialistischen Rettungspolitiken – von Griechenlandrettung über die Eurorettung bis hin zu allen Rettungsaktionen aller Fehlkonstruktionen der EU als ganzer – drängen den Marktteilnehmer dazu, in die letzten scheinbar sicheren Häfen der Geldanlage auszuweichen. Das wissen wir doch alles; das haben wir doch schon x-mal diskutiert.

Ein letztes Wort noch: Die Baupreise sind in den letzten zehn Jahren um 50 % gestiegen, das Einkommen um 52 %. Auch das ist ein Zeichen des Marktes. Letztendlich wird in Immobilien investiert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Franz Bergmüller (AfD): Ich habe die Zeit im Blick; danke schön. Ich bin schon am Ende. Wir lehnen das Gesetz – oder den Antrag – ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade ein sehr buntes Portfolio vieler Dinge gehört; der einzige konkrete Vorschlag, den ich gehört habe, war, höher zu bauen. – Herr Bergmüller, vielleicht macht es uns Ihre Fraktion leichter, über Argumente zu reden, wenn Sie endlich einmal Konzepte und Argumente vortragen würden. Das würde uns manchmal auch in der Ausschussarbeit voranbringen.

(Zuruf)

Ich komme zurück zur Sache; denn es geht hier um einen konkreten Antrag und nicht um ein Gesetz – Sie haben sich wahrscheinlich nur versprochen: Wohnen gehört zu den elementaren Grundbedürfnissen unserer Gesellschaft. Gerade werden das Bauland, die Entstehung und die Nebenkosten immer teurer; hier sind wir uns in der Analyse alle völlig einig, geschätzte Kollegin Kohnen. Das ist sehr nachteilig für das Thema Eigentum, aber auch für das Thema Miete. Wir teilen die Analyse, wir haben aber unterschiedliche Konzepte und Ansätze.

Als FDP-Fraktion haben wir Ihnen hier auch einen konkreten Vorschlag vorgelegt, über den man diskutieren kann. Im Zuge der Novelle der Bayerischen Bauordnung haben wir Ihnen vorgeschlagen, dass man großzügiger befristetes Baurecht erteilen kann, was auch gewissen Spekulationen Einhalt gebieten könnte; denn wenn das Baurecht irgendwann verfällt, dann überlegt man sich zwei- oder dreimal, ob man das Grundstück vielleicht nicht doch bebauen möchte. Über diese Vorschläge kann man auch diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass man allerdings das Selbstverwaltungsrecht – wir haben jetzt über den Satz 1 des Antragstextes gesprochen; lassen Sie uns auch einmal kurz über Satz 2 sprechen – der Kommunen einschränken will, finde ich – wenn man dem Städte- und Gemeindetag zuhört – nicht so glücklich. Ich weiß nicht,

warum man den Kommunen misstraut. Herr Kollege Friedl hat schon versucht, das auszuführen. Er hat dargelegt, dass die Planungshoheit immer noch die Kommunen haben. Hier muss man gar nicht erst in die Verfassung schauen; es reicht ein Blick in das Gesetz, in dem das Ganze geregelt ist. Das ist § 1 Absatz 5 des Baugesetzbuches; dort steht: "Die Bauleitpläne sollen [...] eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten."

Das muss gewährleistet werden. Im Baugesetzbuch steht ja schon, welche Instanz an dieser Stelle zuständig ist. Deswegen verstehe ich nicht, warum man hier noch eine Gemeinwohlorientierung herbeiführen möchte. Es ist dort, wo das Baurecht mit Bebauungsplänen gegeben werden kann, gut aufgehoben; das ist eben direkt bei der Kommune. Dass man einerseits den Kommunen misstrauen will und andererseits immer so tut, als ob auf dem Markt die skurrilsten Verwerfungen entstünden, kann ich so nicht teilen. Das ist eine abenteuerliche Einschätzung.

Wir würden doch viel besser nicht immer nur an diesen Symptomen herumdoktern. Wir sollten die Ursachen wirksam bekämpfen, und dazu gehört es eben auch, dass wir die Punkte angehen, die wir angehen müssen, damit es günstiger wird. Lassen Sie uns doch einmal wirklich die bürokratischen Prozesse entschlacken! Sie kennen meine 29 Änderungsanträge. Das sind konkrete Punkte, die man sich alle noch einmal anschauen kann. Wir müssen die ganzen Normen und Paragraphen anschauen, damit das Bauen und das Wohnen eben auch günstiger werden; denn erst wenn man die Baukosten runterbringt, kann man auch entsprechend bezahlbare Mieten sicherstellen, weil dann schon die Entstehungskosten niedriger sind. – Deswegen können wir leider diese Idee an dieser Stelle nur ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte anzeigen! – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.